Eitorf, den 23.02.2011

Amt 50.2 - Schulen, Jugend und Kindergärten

Sachbearbeiter/-in: Heinz-Willi Keuenhof

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Schulausschuss	10.03.2011
Rat der Gemeinde Eitorf	28.03.2011

Tagesordnungspunkt:

Entwicklung der Schullandschaft in der Gemeinde
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.11 betr. Durchführung einer Elternbefragung zum Schulversuch Gemeinschaftsschule
- Beratung/Beschlussfassung über die weiteren Schritte

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a) zu einer Informationsveranstaltung am 14.04.2011, 18.00 Uhr, zum Thema „Gemeinschaftsschule“ sowohl öffentlich (Allgemeinheit) als auch mit persönlichem Schreiben (Eltern/Erziehungsberechtigte) einzuladen. Die Informationsveranstaltung findet im Theater am Park statt.
 - b) nachfolgend zeitnah eine Fragebogenaktion für die Eltern/Erziehungsberechtigten der Eitorfer Grundschulkindern der jetzigen Klassen 1 – 3 durchzuführen.
 - c) die weiteren Vorarbeiten für die Teilnahme am Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ ab dem Schuljahr 2012/2013 durchzuführen mit dem Ziel, dass die vollständigen Antragsunterlagen noch vor den Sommerferien 2011 der Bezirksregierung zugeleitet werden können. Die zuständigen politischen Gremien sind zu gegebener Zeit zu beteiligen.
2. Der Schulausschuss schlägt dem Rat der Gemeinde vor zu beschließen:
 - a) die Überlegungen zur Errichtung einer Gesamtschule an der oberen Sieg werden nicht weiter verfolgt.
 - b) der im Entwurf vorliegende und bereits im Schulausschuss beratene Schulentwicklungsplan Eitorf für die Planungsjahre 2010/11 – 2015/16 ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Entscheidung zu Buchstabe a) durch das Planungsbüro komplan, Bochum, um Aussagen zum Sekundarbereich zu komplettieren und nachfolgend dem Rat; falls erforderlich nach vorheriger Beratung im Schulausschuss, zur Beschlussfassung vorzulegen. Der beschlossene Schulentwicklungsplan ist Bestandteil des Antragsverfahrens „Gemeinschaftsschule“.

- c) Dem Rat der Gemeinde ist von der Verwaltung eine Vereinbarung „Gemeinschaftsschule“ nach dem Muster der Anlage 3 zum Leitfaden „Gemeinschaftsschule“ zur Kenntnisnahme zuzuleiten, sobald die Vereinbarung „beschlussreif“ ist.
Das Einvernehmen mit dem Schulträger ist nur dann herzustellen, soweit zusätzliche Kosten für ihn durch die Zusammenarbeit der Schulen entstehen.

Begründung:

Der Schulausschuss und der Rat haben sich in mehreren Sitzungen mit der Entwicklung der Schullandschaft in der Gemeinde befasst.

Beschlusslage nach der Schulausschusssitzung vom 25.11.2010 ist (XIII/SchA/5/019):

1. Der Schulausschuss beschließt, dass vor weiteren Schritten zur Gemeinschaftsschule die noch offenen Fragen zur Gesamtschule durch die Firma komplan dezidiert beantwortet werden. Gegebenenfalls ist der Untersuchungsauftrag hinsichtlich des zusätzlichen Infrastruktur- und Ausstattungsbedarfs für eine Gesamtschule zu erweitern.
2. Der Schulausschuss beschließt ferner, nach Klärung des Sachverhaltes zur Gesamtschule politisch zu entscheiden, ob das bereits grundsätzlich vom Rat festgelegte Ziel der Errichtung einer Gesamtschule an der oberen Sieg – in welcher Trägerschaft ist dabei offen – noch weiter verfolgt werden kann und soll.
3. Sollte eine Gesamtschule nicht umgesetzt werden können, werden Ministerium und Bezirksregierung eingehend zur Gemeinschaftsschule befragt.
An der Zusammenstellung dieser praxisrelevanten Fragen sollen neben den Fraktionen auch die betroffenen Schulleitungen und Elternvertretungen mitwirken.
4. Im nächsten Schritt sollen Eltern, Lehrer, Erzieher und Eitorfer Unternehmer fundiert und sachlich durch Schulträger/Experten über die Gemeinschaftsschule informiert werden. Ziel ist es, für ggf. notwendige weitere Schritte eine breite Zustimmung zu erhalten. Bewusst soll dabei über die vom Ministerium geforderte Elternbefragung von Grundschulkindern hinausgegangen werden.
5. Erst nach Abschluss dieses transparenten Entscheidungsfindungsprozesses kann eine sachlich und fachlich fundierte politische Entscheidung zur zukünftigen Schulentwicklung für Eitorf und die angrenzenden Gemeinden getroffen werden.

Die Arbeitsgruppe kann ihre Arbeit parallel zu den vorstehenden Aufträgen/Maßnahmen aufnehmen.

Weiterhin hat der Rat am 20.12.2010 beschlossen, der Bezirksregierung Köln bis zum 31.12.2010 die Interessenbekundung für eine Gemeinschaftsschule in Eitorf zuzuleiten. Dieser Beschluss ist von der Verwaltung termingerecht umgesetzt worden.

Zu der zitierten Beschlusslage im Schulausschuss vom 25.11.2010 folgende Anmerkungen:

Zu 1.

Die Darstellung des Planungsbüros komplan zu den Möglichkeiten der Gründung einer Gesamtschule im östlichen Rhein-Sieg-Kreis ist den Mitgliedern des Schulausschusses/Rates mit Schreiben vom 08.12.2010 zugeleitet worden.

Das Planungsbüro sieht die Einführung eines Gesamtschulangebotes an der oberen Sieg mit Blick auf die Schullandschaft und die erforderlichen Investitionen kritisch.

Zu 2.

Zu diesem Punkt wird vorgeschlagen, dass der Schulausschuss dem Rat einen Beschlussvorschlag unterbreitet, auf Ziffer 2. Buchst. a) des Beschlussvorschlages der Verwaltung wird verwiesen.

Zu 3.

Der Fragenkatalog von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gemeinschaftsschule ist sowohl dem Schulministerium NRW als auch der Bezirksregierung zugeleitet worden. In einer Arbeitsgruppensitzung am 15.02.2011 haben die Vertreter der Bezirksregierung (ein Vertreter des Schulministeriums war nicht anwesend) zu den Fragen im Fragenkatalog Stellung genommen. Ein über die Sitzung der Arbeitsgruppe gefertigtes ausführliches Protokoll ist den Mitgliedern des Rates bereits vorab per Mail, den Mitgliedern der Arbeitsgruppe – soweit nicht Ratsmitglieder – per Post zugeleitet worden; es ist dieser Verwaltungsvorlage als Anlage 1 beigefügt.

Zu 4.

Vorbehaltlich zu dem vom Rat der Gemeinde noch zu treffenden Grundsatzbeschluss zur Gesamtschule (Ziffer 2. Buchst. a), schlägt die Verwaltung die Durchführung einer Informationsveranstaltung zum Thema Gemeinschaftsschule vor.

Im Anschluss daran sollte zeitnah eine Elternbefragung zur Gemeinschaftsschule durchgeführt werden.

Zu 5.

Nach Auswertung der Fragebogenaktion wäre die Angelegenheit im Schulausschuss am 09.06.2011 weiter zu beraten und dem Rat ein Beschlussvorschlag für die Sitzung am 11.07.2011 zu unterbreiten.

Ergänzend zu den vorstehenden Ausführungen zu Ziffer 3. müsste im Schulausschuss am 10.03.2011 ein Beschluss gefasst werden zu folgenden wesentlichen Punkten:

Festlegung eines Termins für eine Informationsveranstaltung zur Gemeinschaftsschule

Vor einer Elternbefragung sollte nach Meinung der Vertreter der Bezirksregierung und der Verwaltung eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden. Den Kreis der einzuladenden Teilnehmer gibt der Beschluss des SchA vom 25.11.2010, Ziffer 4., wieder. Eingeladen werden sollte die Allgemeinheit über das Amtsblatt der Gemeinde, die Eltern zusätzlich durch ein persönliches Schreiben. Aus Platzgründen schlägt die Verwaltung die Durchführung der Informationsveranstaltung im Theater am Park vor.

Verständigt werden muss sich im Schulausschuss noch über den Termin der Informationsveranstaltung.

Das Schulministerium in Düsseldorf, Projektgruppe Gemeinschaftsschule, hat für die Teilnahme an einer Informationsveranstaltung folgende Termine angeboten: Donnerstag, den 14.04.11, Montag, den 18.04.11 oder Dienstag, den 19.04.11. Die beiden letzten Termine fallen in die Osterferien und sollten daher nicht weiter verfolgt werden. Anbieten würde sich für die Info-Veranstaltung danach der 14.04.11, 18.00 Uhr. Die Vorlage der Verwaltung enthält unter Ziffer 1. Buchst. a) einen entsprechenden Vorschlag.

Fragebogenaktion für die Eltern/Erziehungsberechtigten der Eitorfer Grundschul Kinder

Im Rahmen der bisherigen Beratungen über die Gemeinschaftsschule ist den Mitgliedern des Ausschusses auch der Leitfaden „Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule“ für die Sitzung am 28.10.10 zugeleitet worden. Der Leitfaden wurde nachfolgend geringfügig modifiziert, die aktuelle Ausführung vom 03.11.2010 ist als Anlage 2 beigefügt. Bestandteil des Leitfadens ist ein Musterfragebogen für eine Elternbefragung mit Erläuterungen (Anlage 2 zum Leitfaden). Der Musterfragebogen kann durch den Schulträger ergänzt werden. Die Vertreter der Bezirksregierung baten in der Sitzung der Arbeitsgruppe am 15.02.2011 zu berücksichtigen, dass bei einer Ausweitung des Fragebogens die Auswertung schwieriger wird und erfahrungsgemäß das Interesse zur Beantwortung nachlässt, je zeitintensiver die Beantwortung wird.

Dieser Vorlage beigefügt ist ein von der Verwaltung erstellter Entwurf eines Fragebogens, der Musterfragebogen wurde ergänzt (Anlage 3). Weiterhin liegt der Entwurf eines Informationsschreibens an die Eltern der Eitorfer Grundschul Kinder der jetzigen Klassen 1 – 3 zur Kenntnisnahme des Ausschusses bei (Anlage 4).